

Bezugspreis

Im Halle Vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Bezahlung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., enthält Belegblätter, die zum Kaufpreise werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Für die Redaktion verantwortlich: A. S. Oswald Köhn in Halle. Erscheinung von 10^u bis 12^u Uhr. (Zentralredaktion: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 170.)

Saale-Zeitung.

Sechshunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von welcher man sich nachlesen und anrufen kann, angenommen. Anzeigen in der Expedition angenommen. Preisnahme die Seite 75 Pfg. Erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 312.

Halle a. d. Saale, Montag, den 7. Juli

1902.

Wahlrechtsreform in Süddeutschland.

In der letzten Zeit haben sich in drei süddeutschen Staaten die Vorarbeiten mit Anträgen oder Gesetzentwürfen beschäftigt, die eine Änderung des Wahlrechts bezwecken. Die Hauptfrage ist allenthalben der Ersatz des indirekten Wahlrechts durch das direkte. In Bayern kam man am schnellsten zu einer Einigung, wenigstens im Prinzip. Beide Kammern haben einhellig einen Antrag zugestimmt, der von allen Parteien einen Verzicht auf gewisse Forderungen erheischt, aber alle Parteien haben auch den Verzicht ausgeprochen, als sie sahen, daß nur dadurch etwas erreicht werden könnte. So mußten sich die Sozialdemokraten entschließen, darin zu willigen, daß die zur Teilnahme an der Wahl berechtigte Altersgrenze von 21 auf 25 Jahre hinausgehoben werde. Zwischen den bayerischen Sozialdemokraten und denen um Webel ist dann bekanntlich deswegen ein Streit entstanden, in dem Webel den Kürzeren zog, da Bollmar und seine Freunde im bayerischen Landtage erklärten, daß sie ohne Rücksicht auf die Meinung Webel's und des Parteivorstandes oder auch der Partei selbst für das Gesetz eintreten würden, das die bayerische Regierung in Uebereinstimmung mit dem von beiden Kammern angenommenen Antrage in der nächsten Session einbringen wird. In Baden hat die zweite Kammer den Antrag ihrer Verfassungskommission angenommen, der verlangt, daß an Stelle des indirekten Wahlverfahrens das direkte gesetzt werde und hat der jetzt geltenden Vorchrift, nach der alle zwei Jahre die Hälfte der Kammer erneuert wird, die Bestimmung erlassen werde, daß alle vier Jahre eine Erneuerung der ganzen Kammer eintrete. Der Staatsminister v. Brauer erklärte bei der Beratung des Antrages, daß die Regierung nicht mehr, wie bisher, unbedingt an dem indirekten Wahlrecht festhalte; die Regierung werde dem nächsten Landtage eine Vorlage unterbreiten, die unter gewissen Voraussetzungen das direkte Wahlrecht bringen und zugleich Vorschläge zur Reorganisation der ersten Kammer enthalten werde. Es ist hiernach freilich noch zweifelhaft, ob wenn die Vorlage kommt, auch eine Verständigung erzielt werden wird, da voraussichtlich die beiden stärksten Parteien, Centrum und Nationalliberal, möglichst viel für sich herauszuschlagen suchen werden, in dessen ist doch schon viel damit gewonnen, daß jener Antrag angenommen ist und die Regierung ihm nicht ablehnend gegenübersteht.

Der dritte Staat, in welchem die Einführung des direkten Wahlrechts auf der Tagesordnung steht, ist Hessen. Dort ist eine Einigung am weitesten wahrnehmbar, weil gleichzeitig mit dem Wahlrecht auch noch andere Bestimmungen geändert werden sollen, deren wichtigste die Verteilung der Mandate zwischen Stadt und Land ist. Ueber diese konnte ein Beschluß mit Zweidrittelmehrheit, wie er für Verfassungsänderungen vorgeschrieben ist, nicht erzielt werden; die Parteien beschloßen infolgedessen, diese Angelegenheit auf 5 Jahre zu verlagern und vorläufig nur die Änderungen vorzunehmen, über die sie einig sind. In Hessen ist die Reform am weitesten gediehen, weil der Gesetzentwurf, der dem Landtage vorliegt, eine Regierungsvorlage ist. Nachdem die zweite Kammer den in verschiedenen Punkten abgeänderten Entwurf fast einstimmig angenommen hat, muß sich die erste Kammer darüber beschließen lassen. Man befindet sich vielfach, daß diese nicht, wenigstens nicht mit Zweidrittelmehrheit dem Gesetzentwurf zustimmen werde, insofern wird, wenn dies nicht gelingen konnte, höchstens eine Vertagung bis zur nächsten Session eintreten. Eine erste Kammer kann einmal, aber nicht öfter, einer Vorlage Widerstand leisten, deren Annahme Regierung und zweite Kammer wollen. Wahrscheinlich werden die privilegierten Gelehrten in Darmstadt es auch gar nicht auf eine Kraftprobe ankommen lassen, so daß Hessen wohl der erste der drei Staaten sein wird, der das indirekte Wahlrecht durch das direkte ersetzen wird. Und Preußen? Preußen bleibt zurück! Es hält an dem „elendlichen aller Wahlsysteme“ fest, an der indirekten Wahl in Abteilungen, die je nach der Steuerleistung gebildet werden; es bleibt dabei, daß in einem und demselben Wahlbezirk in der ersten Etappe die Minister mit 36.000 M. Gehalt in der dritten Abteilung wählen und in der anderen Männer, die 1500 oder gar nur 1200 M. Einkommen haben, Wähler der ersten Abteilung sind. Preußen denkt auch auf keine Reform des Herrenhauses, in dem der Kleinadel, der „alte und besitzlose Grundbesitz“ dominiert, Inzucht und Handel aber nur durch einige aus „besonders allerhöchsten Vertrauen“ berufene Personen vertreten sind. Δ

gegangenes Telegramm, worin dieser mitteilt, daß nunmehr König Edward sich endgültig auf dem Wege der Werbung befinde, und brachte ein dreifaches Gurrab auf den König von England aus.

Am Sonntag vormittag fand an Bord der „Sachsenloten“ Gottesdienst statt. Um 12 Uhr starteten zur Weltfahrt auf der Libedter Wucht über 40 Boote in 16 Aufstellungen. Darunter befand sich auch der „Meteor“ mit dem Kaiser und dem Prinzen Heinrich an Bord. Reichkanzler Graf Sülze war reite um 3 Uhr nachmittags nach Berlin ab. Am Nachmittag traf die an der Nordlandreise des Kaisers teilnehmenden Herren in Travemünde ein. Bei der Weltfahrt lief nachmittags „Orion“ als erster durch das Ziel, bald darauf folgte „Meteor“, an dessen Bord der Kaiser und die Kaiserin über verließ und wohin auch die Kaiserin und die Prinzen Ebnie sich begaben. Abends fand im Kurhaufe ein Festessen der Flotte und die Preisverteilung statt, woran auch Prinz Heinrich teilnahm.

Der Kaiser wird während seiner Nordlandreise, welche heute von Travemünde aus ihren Anfang nimmt, begleitet sein von den Generaladjutanten v. Pfeffel und v. Scholl, dem General v. Nolte, dem Obersten Graf v. Nolte, dem Chef des Marinekabinets Viceadmiral Freiherr v. Enden, dem Ober des Militärkabinets Generalleutnant Graf Sülze, Major, Adjutanten Hauptmann-Kapitän v. Gumboldt, Hauptmann v. Gumboldt, Generalarzt Dr. v. Veit und Geleitschef v. Gumboldt, als Gäste fahren außerdem mit: Prinz Albert zu Solms-Laubach, Prinz Eugen-Salm-Reifferscheid, Graf Schilling, Prinz v. Bülow, Oberjägermeister Freiherr v. Heine, Professor Dr. Gumboldt und Marineleutnant Professor Salmann.

Der Großherzog von Hessen ist gestern mittag aus England wieder auf Jagdschlößchen Wolfshagen eingetroffen. Reichskanzler Graf Sülze ist aus Travemünde gestern wieder in Berlin eingetroffen.

Politisches.

Das preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat dem Schiffbaukommissioner in Düsseldorf eine Schrift über die Entwicklung der preussischen Wasserstraßen gegeben. In dem Schriftkapitel: „Geplante weitere Ergänzungen des Wasserstraßennetzes“ beschäftigt sich die Schrift besonders mit der preussischen wasserwirtschaftlichen Vorlage. Die Verfasser besagen es, daß unter den angegebenen Umständen die Vorlage bisher nicht verabschiedet worden ist.

Da die Staatsregierung indessen, überzeugt von der Wichtigkeit und Bedeutung der von dem vorgeschlagenen Komitee für das Gesamtwohl des Landes, diese unentwegt weiter verfolgt, so liegt zu hoffen und zu wünschen, daß eine erneute Gesetzesvorlage, und zwar je eher je besser, die Zustimmung der Volksvertretung findet. Die Ausführung des darin enthaltenen Gesamtplanes würde ein Kulturwerk von hervorragender Bedeutung schaffen.

Die „Potsd. Tagesszt.“ drückt mehrbündigerweise diese hochinteressante deutliche Stimmung der Regierung ohne jeden Kommentar ab.

„Zum Zolltarif führt die „N.-A.“: Das eine läßt sich allerdings mit positiver Gewißheit vorhersehen, daß wenn es der Zolltarifkommission nicht bei der zweiten Lesung gelingt, im großen und ganzen die Biegeungsborlage zur Annahme zu bringen, die Verhandlungen im Plenum ein schnelles Ende nehmen werden.“

Das bayerische Staatsministerium des Innern weist einmal wieder die Landwirte auf die Vorteile des gemeinsamen Absatzes ihrer Erzeugnisse hin, muß dabei aber auch wieder betonen, daß die von den Militärherbänden im Verkehr mit den Produzenten gesammelten Erfahrungen nicht gerade sehr günstig sind. Wie schon die früheren, so haben auch die aus dem Geschäftsjahre 1901/2 eingehenden Berichte ergeben, daß landwirtschaftliche Genossenschaften Angebote machen, die darauf erzielten Minderungen aber nicht ausführen konnten. Selbst Minderungen, über die nach Menge und Preis bestimmte Abmachungen getroffen waren, konnten nicht ausgeführt werden. Der Bedarf an Safer konnte nur zur Hälfte durch Ankauf von den Produzenten gedeckt werden, es mußten daher nachträglich Subventionen ausgeschrieben werden, und der Staat mußte dann höhere Preise zahlen als die, zu denen früher Angebote eingereicht waren.

Beim Ankauf von Getreide nach Münster wurde mehrfach festgestellt, daß Münster und Westfalenwaren nicht miteinander überlastbar sind. Das Kriegsmünsterium hat sich deshalb zu der Anordnung veranlaßt gesehen, daß die Vereinbarungen mit den Genossenschaften zu treffen zu lassen müssen, daß letztere, wenn sie ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, für den Schaden einzutreten haben. Wenn demnach Genossenschaften deshalb zum Schandenerwerb angehalten werden, so werden die Agrarier bewegliche Klagen vornehmen lassen. Die Händler sind immer zum Schandenerwerb verführt worden, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, und haben dies stets als ganz selbstverständlich angesehen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Wbbe, war bis jetzt Generaldirektor der Union Elektricitäts-Gesellschaft in Berlin. Wie nämlich der Vorstand mitteilt, ist der zum Verwaltungsverwalter ernannte bisherige Generaldirektor Wbbe aus dem Amtstrat ausgetreten.

Die „Berliner Post“, die Verfasserin des 2. Teils des Bundesvertrages, eine aus der Konstantin in Rom kommende deutsche Antwort auf die Rede des Generaloberen v. Los über die „Nationale Frage“. Die „Nationale Frage“ ist in italienischer Auffassung demnach die der Weltverteilung des Menschenraums. Der Artikel führt die Ueberschrift: „Al discorso a un general papista.“ (Die Rede eines papistischen Generals) und enthält folgenden Inhalt:

Es geht dem papistischen General zu bedenken, daß kein Reich, wenn er so will, Kapitalismus erweist und seinen Völkern auf das Deutsche Reich mit Befolgen auferlegt, sich peinlich davor hütet, gerade jene Frage zu berühren, auf die der Romer Redner anspielt. Im übrigen existiert jene Nationale Frage lediglich in der Einbildung der nach einer weltlichen Papstverfassung lüthernen Merkmalen.

Seine Staatsregierung auf der Erde kennt die Verdammung jener „Frage“ an, an allererstigen das mit 31 Stimmen verbundene Deutsche Reich. „Berliner Post“ Nr. 15, 345, d. d. 1. Juli 1902.

Gesetzentwurf der „Berliner Post“ ist der Senator Gastano Degri, nächst Basquale Wilari in Florenz Italiens berühmtester Historiker. — Der Wind ist recht heftig.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Nach einem ungarischen Blatte soll der polnische Kaiser Nikolaus II. ergriffen haben, er müsse wegen der polnischen Sache aus Berlin fort, und habe darüber auch mit Kaiser Wilhelm in gesprochen, der ihm gesagt habe: „Ueber Freund! Ich würde Ihre Situation und bedauernd aufrichtig Ihre Adresse. Seien Sie überzeugt, daß ich Sie selbst gerne weitersehen werde!“ — Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß an dieser angeblichen Unterredung des Kaisers mit Herrn Koflat kein wahres Wort ist.

Graf Wallesiren poßt den Polen nicht mehr als Reichstagsabgeordneter, trotzdem er erst neulich polenfreundliche Erklärungen aus dem Jahre 1898 wieder aufgenommen hatte. Im Mandate des Reichstagspräsidenten, im obersten Reichsamt des Reichs, stellen die Polen dem Centrum die Wahl: Entweder erklärt sich das Centrum damit einverstanden, daß im Wahlkreise des Grafen Wallesiren ein polnischer Kandidat angelehrt wird, — oder Centrum und Polen sollen sich und stellen ihre Sondermandat auf. Darauf erwidert die „Berliner Post“:

Was den Herrn Grafen Wallesiren betrifft, so wird sich die Sache wohl nicht abwickeln. Das Centrum wird in Österreichern sein, was Recht und Gerechtigkeit ist; das Centrum wird den Grafen Wallesiren in Gletwitz nicht fallen lassen. Herr Graf Wallesiren wurde 1898 in Gletwitz mit 14.690 Stimmen gegen 2366 sozialdemokratische und 889 freisinnige Stimmen gewählt. Diese Stimmen sind für die Propaganda und die Hofnungen der Polen und Niederösterreichischen Wähler nicht gerade verlockend.

Centrum und Polen liegen sich also hier in den Haaren? Da werden in den nächsten Tagen große Kämpfungen aus dem Centrumslager ertönen.

Wie der „Dienstadt Post“ aus sicherer Quelle erfahren haben will, stehen Ausnahmemaße gegen die Polenpreise bevor. Die Staatsanwaltschaft erließen aus Berlin den Befehl, nach den Gerichtsverfahren gegen die Polenpreise denkbare schrittweise vorzugehen.

Der Kardinal-Kurzerzbischof von Galizien, Kutyna, verbot, am Gedenktage des Sieges der Polen über die deutschen Ordensritter bei Grunwald-Tomben einen Festgottesdienst abzuhalten oder den Sarkophag des Königs Jagello in der Krakauer Wawel-Kirche zu betreten. — Hierbei ist allerdings nicht zu vergessen, daß der deutsche Orden in erster Linie als Vorkämpfer der katholischen Kirche im deutschen Osten tätig gewesen ist. Die Amöne, daß der Bischof aus diesem Grunde das Verbot erließ, ist wohl die am nächsten liegende.

Zum Zwist an der Würzburger Universität veröffentlicht die „Fr. Pr.“ in Wien eine Zuschrift des Professors Dr. Chroust, worin dieser entschieden dagegen protestiert, der tschechischen Nation angegehört. Er selbst seines väterlichen Namens von d. e. u. s. c. h. e. n. in Graz geboren und bekame sich oft als Angehöriger des deutschen Volkstammes. Ebenso müsse er den Vorkauf eines Niederösterreichs und Ultramontanen entschieden zurückweisen. Wer ihn ferne, müsse bezeugen, daß er national und liberal, allerdings nicht national-liberal sei.

Was einem Schreiben des Staatssekretärs des Innern ist die in demnächstige Zusammenstellung der Zolltarife des In- und Auslandes (insgesamt für etwa 60 Länder) nunmehr so weit vorgeschritten, daß sie in fünf hundert Gruppierungen in überaus richtiger Gruppierung behandelt: A. Erdindustrie, B. Industrie der Metalle, C. Steine und Erden, D. Chemische Industrie, E. Holz- und verwandte Industrie, F. Leder- und Hautindustrie, G. Landwirtschaft, H. Nahrungs- und Genussmittel. Der Preis jedes Bandes, welcher durch die Königl. Hofbuchhandlung von Curt Siegfried Mittler & Sohn in Berlin, Kochstraße 68/71, zu beziehen ist, beträgt 3 M.; dort sind auch die zu dem Werke veröffentlichten Nachträge zu erhalten, und zwar die Nachträge I, II und III zum Preise von je 1 M., die übrigen Nachträge kostenfrei. Die Interessenten werden hiermit auf das Wert hingewiesen, dessen Bedeutung die Beurteilung der Ausfuhrverhältnisse wesentlich erleichtert wird. Zugleich hat der Staatssekretär sich vorbehalten, abweichender Entschlüsse im Einzelnen bereit erklärt, Anträge aber die Zollverhältnisse in des Auslandes in der Art beantwortet zu lassen, daß auf die einschlägigen Seiten der in demnächstigen Zusammenstellung oder bei in dem genannten Verlage erscheinenden, im Widmungs des Innern herausgegebenen „Deutschen Handelslexikon“ verwiesen oder das etwa sonst im Reichsamte des Innern vorhandene Material mitgeteilt wird.

Der amerikanische Vorkämpfer Wbite hat anlässlich des amerikanischen Jubiläumstages der Union am Freitag eine Rede gehalten, in der er sich auch über die Stellungnahme des Präsidenten Roosevelt gegenüber Deutschland aussprach. Wbite sagt:

„Daß der Präsident die besten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den übrigen Ländern zu unterhalten wünscht, ist selbstverständlich. Vor allem aber ist es ihm um die guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich zu tun. Dieser Gedanke hat er mehr als einmal öffentlich ausgesprochen. Und seine intimen Freunde wissen aus Unterhaltung, im Familienkreise, daß deutsche Ideale, deutsche Wahrheitsliebe und Mühschweiz von ihm besonders geschätzt und geachtet werden. Vor noch nicht einem Jahre sagte er zu einem alten Freunde, als dieser in Bezug stand, nach Europa zurückzukehren: „Ich habe dich lieb und werde dich lieben, bis du ein amerikanischer Staatsbürger bist, und was ich sage, das meine ich. Sie können nicht zu genau, um zu wissen, daß ich nichts sage, was ich nicht meine.“ Wer ihn kennt, weiß, daß er sagt, was er meint, und meint, was er sagt. Ich kann hinzufügen, daß in dem Augenblicke, als er dies sagte, ein deutsches Buch geschrieben

Deutsches Reich.

Sol- und Personalnachrichten.

* Der Kaiser hat am Sonnabend bei der Abreise von Travemünde liegenden amerikanischen Post „Bahana“ einen Besuch ab. Der Großherzog von Sachsen-Weimar ist abgereist. — In Lübeck fand im Rathhause ein Frühstück statt, an dem auf Einladung des Lübecker Postflusses 216 Postreute teilnahmen. Admiral v. Räder dankte für das Gastrecht, das Bürgermeister Dr. Ring ausgesprochen hatte. Der Kaiser und Prinz Heinrich waren in Travemünde geblieben. Am Abend erließen der Kaiser, Prinz Heinrich und die Reichskanzler Graf von Bülow im Travemünder Kurhaufe zum Abendessen des Norddeutschen Negativvereins und des Lübecker Postflusses. Der Kaiser vertheilte die bei der Negativa von Ziel nach Travemünde erlangten Preise. Darauf verließ er ein ihm vom Aufseher des Königs von England zu

Hamburger Engros-Lager Leopold Nussbaum

6 Kleinschmieden 6.

Halle a. S.

6 Kleinschmieden 6.

Räumungs-Verkauf

aller Restbestände der Frühjahrs- und Sommer-Saison.

Beginn: Sonntag den 6. Juli. Schluss: Sonnabend den 12. Juli.

<p>Zum Aussuchen! Einen Posten gestrickter wollener Kinderröckchen Stück 50 u. 75 Pfg.</p>	<p>Zum Aussuchen! Einen Posten weisser und bunter Damen-Zierschürzen mit Stickerei Stück 45 Pfg.</p>	<p>Zum Aussuchen! Einen Posten weisser und bunter Wäsche-Stickereien Stück ca. 4 1/2 Meter 30, 35, 45, 60 Pfg.</p>	<p>Zum Aussuchen! Einen Posten Kinderschürzen 75 u. 100 Pfg., der frühere Preis das Dreifache.</p>
<p>Zum Aussuchen! Einen Posten weisser gestrickter Kinder-Jäckchen in allen Grössen Stück 20 Pfg.</p>	<p>Zum Aussuchen! Einen Posten Damen- und Kinderkragen 10 Pfg. in allen Facons und Weiten Stück Einen Posten Herrenkragen 10 Pfg. in allen Facons und Weiten Stück Einen Posten Vorhemden 20 Pfg. in allen Weiten mit und ohne Kragen Stück Einen Posten Manchetten 10 Pfg. verschiedene Facons Paar Eine in Halle noch nie dagewesene Gelegenheit, sich billig mit Wäsche zu versehen!</p>		<p>Zum Aussuchen! Einen Posten weisser Kinderhöschen in allen Grössen Stück 30 Pfg.</p>
<p>Einen Posten Züll-Roben für die Hälfte der früheren Preise.</p>	<p>Zum Aussuchen! Einen Posten Damen-Handschuhe in allen Farben mit Fantasieknöpfen Paar 18, 25, 40, 60 Pfg.</p>		<p>Zum Aussuchen! Einen Posten eleganter Kinder-Capes, Kinder-Mäntel, Kinder-Jäckchen zu erstaunlich billigen Preisen.</p>
<p>Cravatten-Räumung für Herren und Knaben Serie I Stück 15 Pfg. " II " 25 " " III " 50 "</p>	<p>Spottbillig! Zum Aussuchen! Einen Posten Damen-Handschuhe in allen Farben mit Fantasieknöpfen Paar 18, 25, 40, 60 Pfg.</p>	<p>Foulard-Seide in den neuesten Farben Meter 75 Pfg.</p>	
<p>Einen Posten Weisser Damen-Taschentücher Stück 10 Pf.</p>	<p>Um damit zu räumen, sind die Preise für Mullblousen u. Blousenhemden bedeutend herabgesetzt.</p>		

Wer ein modernes
vorteilhaft kaufen will,
wende sich an unsere
altrenommierte Fabrik
Schriftliche Garantie für 12 Monate!
Wir nicht vertrauen,
liefern direkt an Private.
Express-Fahrradwerke
A.-G. 5 (Gegründet 1882).
Neumarkt bei Nürnberg.

Buch über die Ehe
mit 39 Abbild. v. Dr. Retau Nr. 1.60.
Volksbild. Rathgeber
f. Eheleute u. 50 Abbild. v. Dr. Herzog
Nr. 1.60 Bde. Stück auf 1. 30. 2. 70 frei.
Z. Sachleben, Berlin, Weidmarch. 31.

Dr. Brehmer's
weltbekannte Heilanstalt für **Lungenkranke**
Göbersdorf i. Schles.
(Chefarzt Geheimrath Petri).
50-jähriger Assistent von Dr. Brehmer, versendet Prospekte gratis durch
die Verwaltung.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: G. Wegmann in Halle.

Paul Schauseil & Co., Bankgeschäft,
commanditirt von der Anhalt-Dessauischen Landesbank,
Halle a. S., Leipziger Str. 10, Bitterfeld u. Delitzsch.
An- u. Verkauf von Werthpapieren, ausländischen Noten u. Geldsorten,
Beleihung von börsengängigen Effecten und von Hypotheken,
Aufbewahrung und Verwaltung von Werthpapieren
unter Controle der Auslosungen. Einziehung der Coupons u. s. w.
Versicherung gegen Coursverlust im Falle der Auslosung.
Einlösung aller zahlbaren Coupons und Dividendenscheine.
Domicillstelle für Wechsel. — Discontirung von Wechseln.
Conto-Corrent-, Check- und Depositen-Verkehr.
Verkaufsstelle 4% und 3 1/2%iger Pfandbriefe mehrerer erster deutscher Hypothekenbanken.

Ingenieurschule Zwickau.
(Königreich Sachsen.)
für Maschinenbau und Elektrotechnik.
Subvention u. Aufsicht d. Stadtrathes, Direct. Kirchhoff u. Hammel, Ingenieure,
Ausfkt. u. Prosp. kostenlos.

Halle Druck und Verlag von Otto Hendel.

Nähernaugen werden absolut schmerzlos durch meinen elektrisch. pat. Apparat entf. Entzünd., Schneiden, Aetzen, Blutung etc. vollständig ausgeschlossen. Steinweg 28, p. R. Wollweber, Eing. Hausthür.

Gelegenheitskauf.
Aus ein best. Sauehalt sind gut erhalt. Möbel: Buffet, Sophas, Betten, Schränke, Stühle, mehrere Gemälde und strotzender preiswerth an verfaulter Schweizer Straße 3 von Nachmittags 3 Uhr an

Pferd und Wagen,
ein- und zweispännig, für einen **Land-Arzt** passend, zu kaufen gesucht. Offerten sub A. Z. 100 durch Gerber & Str.

Waffengefäße
bauerb. Hst. Zander, Gr. Klausstr. 12.

Confituren,
Desserts, Bonbon.
A. Krantz Nachf.,
Gr. Steinstr. 11. Fernspr. 2064.

Mit 3 Beiliegern und Unterhaltungsblatt.

